

Statement Michael David, nak-Koordinierungskreis, Diakonie

Heute ist der internationale Tag zur Beseitigung der Armut. Stigmatisierung, Ächtung und Diffamierung; „Armen-Bashing“ ist Teil der normalen Alltagssprache, des Politik- und Mediengeschehens.

Gerade werden neuerliche Bürgergeld-Verschärfungen im Schnellverfahren umgesetzt. Unter dem Titel „Wachstumsinitiative“ berät der Bundestag kleinteilige Änderungen mit insgesamt fraglicher Wirkung. Die im Koalitionsvertrag angekündigten Erleichterungen beim Zuverdienst bleiben dagegen aus. Dabei wären sie am wirkungsvollsten, um Menschen aus der Armutsspirale zu holen.

Stattdessen kommen die nochmalige Verschärfung von Sanktionen, eine Verstärkung der Meldepflichten, Pflichtpraktika für Geflüchtete, die Zumutbarkeit längerer Arbeitswege und mehr Schwarzarbeitsermittlungen.

Tatsächlich wurden die Sanktionen in den letzten 12 Monaten schon mehrfach verschärft, die monatliche Pflicht zur persönlichen Vorsprache beißt sich mit der knappen Personaldecke der Jobcenter, die Erwerbslosigkeit ist in Ballungszentren mit kurzen Arbeitswegen am Größten und Geflüchtete mit guten Qualifikationen bekommen diese trotz Fachkräftemangel nicht anerkannt.

In Schulnoten ausgedrückt: Thema verfehlt. Maximaler Druck ohne umfassende Förderangebote bringt nichts. Der größte Teil der Bürgergeld-Beziehenden sind Kinder, Alleinerziehende, Menschen in Fortbildung, mit kleinen Kindern, chronisch Kranke, Personen mit Lese- und Schreibproblemen oder Menschen, die in strukturschwachen Gebieten leben.

Anfang 2024 wurde nicht einmal die Inflation der Vorjahre voll ausgeglichen. Die erheblichen Lücken in der Existenzsicherung durch die gestiegenen Kosten der Unterkunft werden nicht diskutiert. Das wollen wir ändern: Über zwölf Prozent der Bürgergeld-Haushalte müssen durchschnittlich mindestens 100 Euro Wohnkosten aus dem Regelsatz bestreiten.

In Deutschland besteht bei der Gewährleistung von Wohnraum großer Handlungsbedarf. Das muss ins öffentliche Bewusstsein.